

NIEDERSCHRIFT über die 15. öffentliche Sitzung

der Gemeinschaftsversammlung

vom 2. Mai 2024
im Ratssaal, Schloßhof 13, 92536 Pfreimd

Vorsitz:

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Richard Tischler

Der Vorsitzende erklärt die Sitzung um 18:30 Uhr für eröffnet. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden sind. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Die Gemeinschaftsversammlung ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Hubert Betz
Franz Heiningner
Georg Hösl
Eduard Maier
Dr. Johanna Mertins
Romana Sandmann
Norbert Wagner
Josef Prechtel

Bemerkung:

(Vertreter für Bastian Lobinger)

(Vertreter für Martin Schwandner)

Entschuldigt sind

Bastian Lobinger
Martin Schwandner

(vertreten durch Georg Hösl)

(vertreten durch Josef Prechtel)

Schriftführer

Bernhard Baumer

Öffentliche Sitzung

1. Informationen durch den Gemeinschaftsvorsitzenden
2. Bekanntmachung von nichtöffentlichen Beschlüssen aus der Gemeinschaftsversammlung vom 18.12.2023
3. Festlegung des Erfrischungsgeldes für die Europawahl 2024
4. Festlegung des Erfrischungsgeldes und Aufnahme der Wahlkosten für die Bürgermeisterwahl 2024
5. Anfragen

1. Informationen durch den Gemeinschaftsvorsitzenden

Sachverhalt:

Lehrerdienstgeräte: Die über den Digitalpakt beschafften Lehrerdienstgeräte kommen langsam in die Jahre. Aus diesem Grund wurde in der Haushaltsplanung für 2024 zwanzig und für 2025 die restlichen dreissig Geräte als Ersatzbeschaffung eingeplant.

In der Sitzung vom 18.12.2023 wurde bereits ein Grundsatzbeschluss gefasst, in welchem festgehalten wurde, dass von einer Ersatzbeschaffung seitens der VG abzusehen ist, solange es keine Förderung gibt. Im Rahmen des Besuchs von MdL Scharf in Pfreimd hat ihn der Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzende Richard Tischler auf die Thematik der Zuständigkeit für die Ersatzbeschaffung angesprochen.

Nachfolgend die erhaltene Antwort in Auszügen:

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz nimmt dabei eine Konkretisierung des in der Bayerischen Verfassung angelegten Prinzips eines Zusammenwirkens von Staat und Gemeinde beim Betrieb öffentlicher Schulen vor. Im Gesetz erfolgt eine systematische Abgrenzung zwischen dem Personalaufwand in staatlicher Zuständigkeit und dem Schulaufwand, den die zuständigen kommunalen Körperschaften tragen. Zum Schulaufwand zählen insbesondere die Bereitstellung und der Unterhalt der digitalen Infrastruktur an Schulen einschließlich der technischen IT-Administration. Dies schließt nach Auffassung der Staatsregierung auch schulische mobile Endgeräte ein, die den Lehrkräften zur Erledigung ihrer Dienstaufgaben als erforderliche technische Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Geräte sind zum einen Lehrmittel und damit Sachaufwand; zum anderen handelt es sich bei mobilen Endgeräten zur unterrichtlichen Verwendung um eine Ausstattung der Schule. Die Geräte bleiben als Teil des Schulvermögens im Eigentum des Schulaufwandsträgers und Inventar der Schule – unabhängig davon, ob sie im Schulgebäude oder im heimischen Arbeitszimmer verwendet werden – und sind bei einem Ausscheiden zurückzugeben. Die beschriebene grundsätzliche Aufgabenzuständigkeit schließt jedoch staatliche Unterstützungsleistungen bei der kommunalen Aufgabenerfüllung im Sinne einer gemeinsamen Finanzierungszuständigkeit nicht aus: Der Freistaat Bayern hat daher gemeinsam mit dem Bund umfangreiche Fördergelder für die kommunalen Schulaufwandsträger in die Hand genommen und Anfang 2021 ein umfangreiches „Sonderbudget Lehrerdienstgeräte“ aufgelegt. Auf Grundlage von insgesamt 147 Mio. € an Bundes- und Landesmitteln werden die zuständigen Schulaufwandsträger finanziell unterstützt. Über mehrere Bewilligungsrunden zwischen 2021 und 2023 wurde damit eine Vollaussstattung der Lehrkräfte mit Dienstgeräten realisiert. Diese staatlichen Leistungen lassen die gesetzlich geregelte Aufgabenverteilung zwischen Staat bzw. Dienstherren und Schulaufwandsträger allerdings unberührt. Staatsregierung und Kommunale Spitzenverbände stehen zudem in einer Grundsatzkommission zur digitalen Schulinfrastruktur aktuell in engem Austausch und bearbeiten die Frage, wie die erreichte Vollaussstattung künftig gemeinsam erhalten werden kann. Am Ziel einer dauerhaften, modernen und rechtssicheren digitalen Ausstattung der Lehrkräfte hält die Staatsregierung dabei fest. Wie bereits im „Sonderbudget Lehrerdienstgeräte“ erfolgreich aufgezeigt, werden gemeinsam tragfähige kooperative Formen von Regelungen zu entwickeln sein – auch jenseits von rechtlichen Fragen der Zuständigkeiten. Zugleich erkundigen Sie sich nach einer Anschlussfinanzierung für die digitale Ausstattung ähnlich zum Digitalpakt Schule 2019 bis 2024. Hierzu können wir Ihnen mitteilen, dass die Länder derzeit intensiv mit dem Bund über den im Bundes-Koalitionsvertrag angekündigten Digitalpakt 2.0 verhandeln. Die Länder drängen dabei auf die Fortsetzung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Schuldigitalisierung durch eine zügige Ausarbeitung einer Verwaltungsvereinbarung unter Berücksichtigung der konkreten Bedarfe der Schulen. Angesichts der schwierigen Haushaltslage des Bundes gestalten sich die Verhandlungen allerdings nicht einfach. Am 14.3.2024 hat die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger in einem Gespräch den Ländern versichert, dass die Zusage zum Digitalpakt 2.0 und die zugesagten Zeitpläne weiterhin Bestand haben. Das Treffen auf Ministerebene bot allen Beteiligten eine wichtige Gelegenheit für einen konstruktiven Austausch über die Fortsetzung des Digitalpakts Schule. Aufbauend auf den umfangreichen Investitionen in Schulnetzwerke, WLAN-Infrastrukturen, digitale Klassenzimmer, digitale Unterrichtsplattformen und digitale Endgeräte haben die Länder nochmals unterstrichen, dass nur eine zeitgemäße und funktionstüchtige digitale Bildungsinfrastruktur das digitale Lehren und Lernen

an Schulen und die digitale Transformation möglich macht. Die im DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 aufgebauten Lerninfrastruktur müssen erhalten und auch künftig weiterentwickelt werden. Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger hat zugesichert, weiterhin konstruktiv mit den Ländern über die Fortsetzung des DigitalPakts zu verhandeln.

Somit kann es bei dem Grundsatzbeschluss bleiben, da aktuell die weitere Vorgehensweise seitens der Staatsregierung nicht final geklärt ist.

Pass- und Personalausweiswesen; Lichtbilder für Pässe und Personalausweise ab 01.05.2025: Mit dem Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen wird das Scannen von Passbildern bei der Beantragung von Ausweis-Dokumenten in den deutschen Pass- und Ausweisbehörden ab Mai 2025 abgeschafft.

Ab diesem Zeitpunkt ist es lediglich zulässig, das Lichtbild durch einen Dienstleister elektronisch zu fertigen und im Anschluss von diesem durch ein sicheres Verfahren an die Personalausweisbehörde zu übermitteln oder durch die Personalausweisbehörde elektronisch zu fertigen.

Die Änderung des Passgesetzes bedeutet, dass auch weiterhin private Dienstleister (z. B. Fotostudios) Lichtbilder aufnehmen dürfen; diese sind allerdings nur digital zu erstellen und sicher an die Behörde zu übermitteln.

Mit dem ortsansässigen Fotostudio wurde bereits ein Gespräch geführt. Dabei wurde versichert, dass die entsprechende Umrüstung und Zertifizierung für die Regelungen ab Mai 2025 durchgeführt wird. Damit besteht für die Bürger nach wie vor die Möglichkeit, beim ortsansässigen Fotostudio Passfotos erstellen zu lassen.

Der Behörde wird über die Bundesdruckerei ein Gerät für die Aufnahme von digitalen Bildern zur Verfügung gestellt. Die Behörden sind dazu verpflichtet eine Möglichkeit zur Erstellung von digitalen Fotos vorzuhalten.

Somit hat der Bürger ab Mai 2025 die Wahlmöglichkeit, Passbilder direkt vor Ort in der Behörde erstellen zu lassen oder zu einem zertifizierten Fotografen zu gehen. Die Kosten für ein digitales Bild in der Behörde werden sich auf ca. 6,00 € belaufen.

2. Bekanntmachung von nichtöffentlichen Beschlüssen aus der Gemeinschaftsversammlung vom 18.12.2023

Sachverhalt:

TOP 4:

Bündelausschreibung Strombeschaffung ab 2026, weitere Vorgehensweise

Kündigung des bestehenden Dienstleistungsvertrages

3. Festlegung des Erfrischungsgeldes für die Europawahl 2024

Sachverhalt:

Am 09.06.2024 findet die Europawahl statt. Dafür müssen bei der Verwaltungsgemeinschaft Pfreimd mit sieben Urnenwahlstimmbezirken je sechs Wahlhelfer und sieben Briefwahlbezirken je sieben Wahlhelfer ernannt werden. Somit sind insgesamt 91 Wahlhelfer zu ernennen.

Die Personen sind gesetzlich zur Übernahme des Wahlehrenamtes der Gemeinde verpflichtet. Bislang ist es noch eine große Anzahl an Wahlhelfern, die dieses Ehrenamt gerne übernehmen und sich dazu freiwillig melden.

Den Wahlhelfern kann ein Erfrischungsgeld nach §10 Abs. 2 EWO ausbezahlt werden. In der Regel wird ein Erfrischungsgeld in Höhe von 50,00 € ausbezahlt. Im Rahmen der Kostenübernahme an die Verwaltungsgemeinschaft wird jedoch nur ein Satz von 25 € pro Wahlhelfer und 35 € pro Wahlvorstand zurückgezahlt.

Die Differenz zu den 50,00 € Erfrischungsgeld pro Wahlhelfer wäre demnach von der Verwaltungsgemeinschaft zu tragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten wurden in den Haushalt bereits aufgenommen.

Beschluss:

Das Gremium beschließt, dass ein Erfrischungsgeld in Höhe von je 50,00 € an die Wahlhelfer der Europawahl ausbezahlt wird.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0

4. Festlegung des Erfrischungsgeldes und Aufnahme der Wahlkosten für die Bürgermeisterwahl 2024

Sachverhalt:

Es findet dieses Jahr eine außerplanmäßige Bürgermeisterwahl in Trausnitz statt. Dafür müssen bei der Verwaltungsgemeinschaft Pfreimd in der Gemeinde Trausnitz je ein Urnenwahlbezirk mit sechs Wahlhelfern und eine Briefwahlbezirk mit sieben Wahlhelfern ernannt werden. Somit sind insgesamt 13 Wahlhelfer zu ernennen.

Die Personen sind gesetzlich zur Übernahme des Wahlehenamtes der Gemeinde verpflichtet. Bislang ist es noch eine große Anzahl an Wahlhelfern, die dieses Ehrenamt gerne übernehmen und sich dazu freiwillig melden.

Den Wahlhelfern kann ein Erfrischungsgeld nach Art. 7 BayGLKrWG ausbezahlt werden. In der Regel wird ein Erfrischungsgeld in Höhe von 50,00 € ausbezahlt.

Für die außerplanmäßige Wahl werden für den Hauptwahlgang und eine eventuelle Stichwahl Kosten i. H. v. ca. 7000,00 € anfallen.

Da es sich um eine reine Kommunalwahl auf Gemeindeebene handelt, gibt es keine Kostenerstattung.

Finanzielle Auswirkungen:

Die außerplanmäßigen Kosten von 7.000,00 € müssen in den Haushalt 2024 im Abschnitt 04/0521-Wahlen aufgenommen werden.

Beschluss:

Das Gremium beschließt, den Wahlhelfern je 50,00 € Erfrischungsfeld auszubezahlen. Die Kosten von 7.000 € werden als außerplanmäßige Ausgabe genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0

5. Anfragen

Sachverhalt:

keine

Um 19:00 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

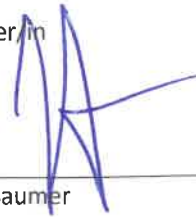
Verwaltungsgemeinschaft Pfreimd,

Vorsitzender



Richard Tischler
Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft

Schriftführer/in



Bernhard Baumer
Verwaltungsfachwirt